

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Ich habe ihn ja vorgelesen.)

aber Sie kamen ja dann auf den Punkt 3 zu sprechen, dass in dem Antrag herausgearbeitet worden ist, dass wir die Regierung bitten, diese Richtlinien zu erweitern. Wir erwarten von der Regierung erst mal Vorschläge, ohne dass wir jetzt unsere Gedanken dort einbringen.

(Udo Pastörs, NPD: Lassen  
Sie die erst mal kommen!)

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre statistischen Angaben, die man im Hinterkopf behalten muss. Wir wollen ja auf dem Weg nach oben sein bei den Ausgaben für die Kunst am Bau.

Zur öffentlichen Beteiligung hatten Sie nachgefragt, auch Herr Pastörs hatte die Frage gestellt. Ich will nur mal ein kleines Beispiel bringen: Die Städtebausanierung in der kleinen Stadt Tribsees in Vorpommern wird initiiert oder bekleidet von dem Sanierungsträger Big-Städtebau GmbH in Stralsund. Hier gibt es jedes Mal eine Ausschreibung eines Künstlerwettbewerbes, an dem sich Künstler beteiligen können. Es wird eine Jury gebildet aus Vertretern der Stadt, der Künstler der Region und den Mitarbeitern der Big. Diese Jury trifft eine Vorauswahl und die ersten drei Künstler, die in diese Auswahl gekommen sind, reichen dann Modelle ein, die den Einwohnern der Stadt Tribsees präsentiert werden.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Sie können dann mit einer Stimmabgabe in einer geheimen Wahl bestimmen, welches Kunstwerk sie in ihrer Stadt haben wollen.

(Udo Pastörs, NPD: Vorbildlich.)

Ein wichtiges Ziel der überarbeiteten Richtlinie zur Kunst am Bau ist es, Kunst aus den Kunsthallen und Galerien in den öffentlichen Raum zu bringen, um somit auch für die Kunst als Kulturgut zu werben. Unsere Empfehlungen an die Kommunen richten sich an alle diejenigen, die bei ihren Vorhaben bisher die Richtlinie noch nicht entsprechend angewendet haben.

Sollte die Richtlinie erweiterbar sein, dann wird dies nicht nur zu einer künstlerischen Aufwertung des öffentlichen Raums führen, sondern es wird sich auch die Förderung der Kunst erhöhen. Zwischen der Wirtschaft und den Kulturschaffenden können sich völlig neue Kontakte entwickeln, die über den geförderten Bau zur Kooperation führen. Das kann dann für alle Beteiligten eine Bereicherung sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Sehr richtig. Das ist so, jawoll.)

Ich bedanke mich bei den demokratischen Fraktionen, dass Sie diesem Antrag zustimmen wollen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Danke.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/2618. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/2618 angenommen, bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei keinen Gegenstimmen und Enthaltung der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Die Fraktion DIE LINKE hat eine Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Alarmierende Armutsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern – umgehend wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung initiieren“ beantragt.

**Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT  
zum Thema  
Alarmierende Armutsentwicklung  
in Mecklenburg-Vorpommern –  
umgehend wirksame Maßnahmen  
zur Armutsbekämpfung initiieren**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion DIE LINKE.

**Torsten Koplín, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, der Ministerpräsident bleibt im Saal. Ich möchte mich ja auch an Sie wenden.

(Torsten Renz, CDU: Nee, der geht.)

Ich denke, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, dass es unstrittig ist, dass Armut für den Einzelnen wie für die Gesellschaft unerträglich ist. Sie grenzt Betroffene aus und macht krank. Zudem birgt sie sozialen Sprengstoff in sich und beeinträchtigt das Wirtschaftsleben negativ. Darüber hinaus gefährdet sie die im Grundgesetz intendierte Demokratie.

Wer das weiß, erkennt die Brisanz jüngster Analysen zur Armutsentwicklung in unserem Land. Was der Paritätische am 19. Dezember vergangenen Jahres und die Hans-Böckler-Stiftung am 11. Januar dieses Jahres zur Armutslage in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere die der Kinder, veröffentlichten, ist alarmierend. Der Armutsatlas des Paritätischen stellt fest: Mecklenburg-Vorpommern ist das Flächenland mit der höchsten Armutsquote, 22,9 Prozent. Nach Jahren rückläufiger Armutsentwicklung steigt diese wieder an, und das sprunghaft.

Ein beträchtlicher Teil unseres Landes, nämlich die Kreise Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte, bilden das Armenhaus der Bundesrepublik. Im traurigen Ranking der Regionen mit der höchsten Verarmung der Bevölkerung belegen diese beiden Kreise die Plätze zwei und eins. Übertroffen wird deren Armutsquote von 25,5 und 24,7 Prozent lediglich durch einzelne Brennpunkte der Armutsentwicklung in einigen Großstädten des Ruhrgebiets.

Wir haben es hierzulande mit einem Phänomen zu tun, das ich kurz beschreiben möchte. Wir haben einerseits ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt zu verzeichnen und wir haben eine tendenziell sinkende Arbeitslosigkeit und eine sinkende SGB-II-Quote zu konstatieren, aber im selben Moment müssen wir feststellen, dass wir es hierzulande mit einer wachsenden Armutsquote zu tun haben.

Was bedeutet diese divergierende Entwicklung? Sie besagt, dass sich die Armutsentwicklung von wirtschaftlicher Prosperität getrennt hat. Sie besagt, dass die hier in Armut lebenden Menschen keinen Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung haben. Und sie besagt, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns schlicht und ergreifend von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt ist.

Im Übrigen ist es sehr aufschlussreich, sich einmal die Armutsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern über einen sehr langen Zeitraum anzuschauen. Während der Regierungsbeteiligung der LINKEN, damals noch PDS, war es gelungen, die Armutsquote drastisch zu senken.

(Torsten Renz, CDU: Klar.)

Heute, angesichts der Ergebnisse der Regierungstätigkeit von SPD und CDU, liegt die Armutsquote –

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

trotz eines Rückgangs der Arbeitslosenquote um fast zwei Drittel – immer noch auf dem Niveau von vor acht Jahren. Ergo: Es ist Ihnen nicht gelungen, Herr Renz, Armut zurückzudrängen. Und woran liegt das?

(Torsten Renz, CDU:  
Das steht jetzt im Protokoll, mit dem Namen von mir verbunden.)

Ja.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es liegt an der simplen Tatsache, sehr geehrte Damen und Herren ...

(Torsten Renz, CDU:  
Haben Sie schon den Arbeitsmarktbericht von heute gelesen?)

Unterbrechen Sie mich mal nicht, damit ich meinen Gedanken entwickeln kann, Herr Renz!

Es liegt an der simplen Tatsache,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

dass Armutsbekämpfung kein Schwerpunktthema Ihrer Regierungspolitik ist. In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten – deswegen bat ich ja, dass er hier im Raum bleibt, weil ich ihn gern mal fragen würde, ob er sich noch an die Regierungserklärung aus dem Dezember 2011 erinnern kann –

(Michael Andrejewski, NPD: Sicher nicht.)

haben wir vergeblich nach den Wörtern Armut oder Armutsbekämpfung gesucht. In der Regierungserklärung,

die ja die Richtung für die gesamte Legislaturperiode darstellen sollte,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

ist dieses Thema nicht vorgekommen. Hinzu kommt noch, wenn man sich das mal anschaut: In regelmäßigen Abständen vollziehen Sie ja Popularitätsumfragen und fragen nach vorgestanzten Fragekriterien ab,

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
So macht man das.)

wie die Bürgerinnen und Bürger die Entwicklung in diesem Land einschätzen. Die Kategorie Armut oder Armutsentwicklung kommt bei diesen Abfragen auch überhaupt nicht vor. Der Mecklenburg-Vorpommern-Monitor 2013 erfragte bei der Bevölkerung Einschätzungen zum Tourismus, Einschätzungen darüber, wie sie das Erscheinungsbild der Dörfer betrachtet, und aberwitzigerweise fragten sie die Menschen dieses Landes, welchen Ruf Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland habe,

(Harry Glawe, CDU: Was haben Sie gegen Tourismus, Herr Koplin?)

so als wüssten die Einheimischen, Herr Glawe,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

was Pfälzerinnen und Pfälzer, Schwaben und Hessen denken und empfinden. Welche Besorgnisse es hierzulande hinsichtlich der Armutsentwicklung gibt, welchen Stellenwert für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Armutsbekämpfung hat, das alles interessierte Sie vorsorglich nicht.

Allem Anschein nach meinen Sie, der realen Armutssituation mit der Variation dreier Wege begegnen zu können. Ein erster Weg ist der der Ignoranz.

(Michael Andrejewski, NPD:  
Der reicht schon.)

Darüber hatte ich gerade gesprochen. Ein zweiter Weg ist ein Praktizieren der Politik nach der sogenannten „Pferdeäpfel-Theorie“. Sie hängt dem Irrglauben an, dass sich Armut am effektivsten vorbeugen lässt, indem man Reichtum vergrößert. Wer so denkt und handelt, verkennt, dass Armut nicht trotz Reichtum entsteht, sondern durch Reichtum.

(Michael Andrejewski, NPD: Wieso heißt das „Pferdeäpfel-Theorie“?)

Und ein dritter Weg, indem Sie womöglich meinen, Ihre politischen Schwerpunktsetzungen würden quasi automatisch zu mehr Wohlstand und Armutsbekämpfung führen, beispielsweise im Bestreben, Gesundheitsland Nummer eins zu werden. Weil es aber,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,  
und Michael Andrejewski, NPD)

Herr Glawe, einen untrennbaren Zusammenhang – und den kennen Sie – zwischen Armut und Gesundheit gibt, liegt es auf der Hand, dass wir ohne eine offensive Politik zur Armutsbekämpfung niemals Gesundheitsland Num-

mer eins werden können. Das müssten Sie doch wissen, Herr Glawe.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Von Gesundheitswirtschaft haben Sie gar keine Ahnung. Das kann ich Ihnen bescheinigen.)

Nach aktuellen Erkenntnissen, ich zitiere mal Professor Rosenbrock, der vergangenes Jahr im November in Kiel eben über diesen Zusammenhang von Armut und Lebenserwartung gesprochen hat. Er hat herausgearbeitet, dass die Lebenserwartung von Frauen und Männern, die in Armut leben, im Durchschnitt statistisch bei Frauen 8,4 und bei Männern 10,4 Jahre geringer ist als bei den Menschen, die in Wohlstand leben.

(Harry Glawe, CDU: Die Lebenserwartung in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den letzten 20 Jahren um 5 bis 7 Jahre erhöht, Herr Koplin.)

Und wir LINKEN, Herr Glawe, verlangen eine offensive Politik der Armutsbekämpfung von Ihnen. Die reicht von Mindestlöhnen ohne Ausnahmen, Herr Glawe, über die Bekämpfung arbeitsmarktpolitischer Verwerfungen bei Zeitarbeit bis zu prekärer Beschäftigung.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es geht um Programme für Langzeitarbeitslose und schwer vermittelbare Personen ebenso wie um die Bezahlung von Wohnen und Energie. Es geht also um eine konzentrierte Aktion zur Armutsbekämpfung.

Sie, Herr Glawe, Sie, Herr Sellering, tragen die Regierungsverantwortung.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Bislang haben Sie auf diesem Gebiet versagt.

(Harry Glawe, CDU: Ah ja!)

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Danke.

Das Wort hat jetzt die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zwei Punkte sind mir in Bezug auf diesen Antrag besonders wichtig.

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Frau Hesse, einen kleinen Moment bitte. Ich bitte, von den Zwischenrufen über die Stuhl- und Tischreihen abzusehen.

Frau Hesse, jetzt können Sie reden.

**Ministerin Birgit Hesse:** Danke schön.

Erstens: Sogenannte Kinderarmut.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE, und Michael Andrejewski, NPD: Sogenannte?!)

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern in der Tat eine zu hohe Kinderarmut, denn jedes arme Kind ist eines zu viel. Aber das Problem ist, für den Begriff „Armut“ gibt es keine einheitliche Definition. Materielle Armut wird in der Regel durch die Armutsrisikoquote ausgedrückt. Sie gibt den Anteil an der Bevölkerung an, der im Nettoeinkommen pro Kopf weniger als 60 Prozent des Medians in der Gesellschaft beträgt. Aber auch die Empfänger von sozialen Sicherungsleistungen werden als arm betrachtet. Demzufolge gelten Personen als arm, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können. Dabei ist das Armutsrisiko von Kindern auf das Engste verbunden mit der Einkommens- und Vermögenssituation ihrer Eltern.

Sehr geehrte Abgeordnete, im Jahr 2009 wurde im Auftrag meines Hauses der „Bericht zur Lebenssituation von Haushalten mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern“ fertiggestellt. Wir haben damit einen guten Überblick zur Einkommenssituation und zum Armutsrisiko, zur Inanspruchnahme sozialer Sicherungsleistungen und zur Selbsteinschätzung der wirtschaftlichen Lebenssituation erhalten. Auch wurde sehr genau darauf geschaut, wie die Erwerbssituation der Eltern aussah. Wir haben also das Thema „Armut in Mecklenburg-Vorpommern“ im Rahmen der Sozialberichterstattung bereits angepackt. Auf den Bericht aufsetzend hat die Landesregierung einen umfänglichen Handlungskatalog beschlossen und die entsprechenden Maßnahmen ergriffen.

Nun stellt eine neue Studie die aktuellen Kinderarmutsrisikoquoten in den Bundesländern dar. Die Zahlen für Mecklenburg-Vorpommern besagen, dass die Zahl der vom Armutsrisiko betroffenen Kinder von 87.000 im Jahr 2005 auf 62.000 im Jahr 2010 zurückgegangen ist. Im Jahr 2011 stieg sie auf 63.000, im Jahr 2012 auf 72.000 armutsgefährdete Kinder. Wie erklärt sich jetzt dieser deutliche Anstieg?

Meine Mitarbeiter sind dieser Frage nachgegangen. Sie haben beim Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen, der die Ergebnisse des Mikrozensus im Auftrag des WSI aufbereitet hat, nachgefragt. Das Amt hat dazu erklärt, dass der Stichprobenumfang des Mikrozensus in Mecklenburg-Vorpommern nur circa 8.000 Befragungen umfasse. Er verringere sich nochmals bei der Bestimmung des Kinderarmutsrisikos. Dadurch seien große Stichprobenbedingte Schwankungen möglich. Eine Interpretation der Daten solle sich daher immer nur auf die Tendenz mehrerer Jahre beziehen und nicht auf das Ergebnis eines einzelnen Jahres.

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2012 hat entgegen der WSI-Studie festgestellt, dass die Armutsquote bei Kindern unter drei Jahren von 2008 bis 2011 um ein Viertel zurückgegangen ist. Basis der Untersuchungen waren hier die amtlichen Statistiken zum Bezug von Hartz IV bei Familien mit Kleinkindern.

Sehr geehrte Abgeordnete, Fakt ist, Mecklenburg-Vorpommern hat nach wie vor bundesweit das geringste Nettoeinkommen bei den privaten Haushalten. Dass wir bei den Armutsgefährdungsquoten einen der hinteren Plätze einnehmen, kann daher nicht überraschen. Deswegen wird Mecklenburg-Vorpommern in erheblichem Maße vom Mindestlohn profitieren. Rund 265.000 Menschen werden bis zu 2.667 Euro zusätzliches Einkommen pro Jahr nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes erhalten. Das zeigt, entscheidend

ist, wie wir mit konkreten Maßnahmen den Menschen helfen können, dass es ihnen tatsächlich besser geht. Oberstes Ziel muss dabei immer die Verhinderung von Armut sein.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen, wie wir bereits jetzt den Menschen konkret helfen. Die Eltern von unter dreijährigen Kindern und die Eltern von Kindern im letzten Jahr vor dem voraussichtlichen Eintritt in die Schule haben wir bei den Elternbeiträgen entlastet. Außerdem werden die Elternbeiträge bei bedürftigen Kindern in Gänze übernommen. Und auch die Verpflegung erfolgt kostenfrei, soweit den Eltern eine Kostenbeteiligung nicht oder nur anteilig zuzumuten ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

In den Produktionsschulen werden jährlich rund 500 junge Menschen im Alter von 14 bis 25 Jahren eine Berufsbildung und eine Beschäftigung beziehungsweise das Nachholen eines Schulabschlusses ermöglicht. Zugleich soll dadurch die soziale Integration unterstützt und es soll somit langfristig vor Beschäftigungslosigkeit bewahrt werden.

Für Alleinerziehende ist es immer noch eine große Herausforderung, die Erziehung von Kindern mit einer Erwerbstätigkeit, die den Lebensunterhalt sichert, zu verbinden. Circa jede vierte Familie mit minderjährigen Kindern in Mecklenburg-Vorpommern hat einen alleinerziehenden Haushaltsvorstand, dessen Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verringert sind.

Unser Modellprojekt AQuA (Alleinerziehende in Qualifizierung und Arbeit) bietet einen an den individuellen Bedürfnissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgerichteten Qualifizierungs- und Berufswegeplan, der mit dem Jobcenter abgestimmt wird. Das Projekt wurde im Januar 2012 in Schwerin gestartet und dann aufgrund der sehr erfolgreichen Arbeit auf Wismar, Grevesmühlen, Gadebusch, Ludwigslust, Parchim, Boizenburg und Hagenow ausgeweitet. Im Jahr 2013 nahmen am Projekt 315 langzeitarbeitslose alleinerziehende Mütter und Väter teil. Ziel war es, 20 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, in eine Ausbildung oder in eine geringfügige Beschäftigung zu vermitteln. Dieses Ziel wurde deutlich übertroffen.

Sehr geehrte Abgeordnete, ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich mit aller Deutlichkeit darauf hinweise, dass sich das derzeit noch akzeptable allgemeine Rentenniveau ohne wirksame und nachhaltige Maßnahmen nicht halten lassen wird. Die in den vergangenen 23 Jahren, gerade in Mecklenburg-Vorpommern, häufig unterbrochenen Erwerbsbiografien und die Niedriglöhne hinterlassen sehr deutlich ihre Spuren. Wir müssen schon heute über das Thema Altersarmut nicht nur reden, sondern wir müssen auch handeln. Was die rentenpolitischen Forderungen meiner Vorgänger im Amt, Erwin Sellering und Manuela Schwesig, angeht, freue ich mich, dass sich das SPD-Rentenkonzept in dem neuen Entwurf eines Rentenversicherungsleistungverbesserungsgesetzes, das am 14. März in den Bundestag eingebracht werden wird, ganz wesentlich wiederfindet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das gilt für die bessere rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungsleistungen, die sogenannte Mütterrente

für Mütter und auch Väter von vor dem 1. Januar 1992 geborenen Kindern, für die Besserstellung zukünftiger Erwerbsminderungsrentner durch die Anerkennung von zwei zusätzlichen Jahren als Zurechnungszeit und das gilt auch für die Anerkennung der Leistung der langjährig Versicherten, indem die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren eingeführt wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Tolle Sache. Wer zahlt das?)

Das alles bringt uns große Schritte voran. Wir werden im Bundesrat alles dafür tun, dass die gesetzlichen Neuregelungen schon zum ersten Juli 2014 in Kraft treten können.

Sehr geehrte Abgeordnete, trotz der enormen Kosten, die durch die aktuelle Rentengesetzgebung entstehen, brauchen wir auch Maßnahmen, die besonders den Rentnern in den ostdeutschen Bundesländern zugute kommen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Auch wenn es nach dem Koalitionsvertrag des Bundes noch bis 2017 dauern soll, eine solidarische Lebensleistungsrente wird kommen. Wer zunächst einmal 35 Jahre und ab 2023 40 Jahre Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat und trotzdem im Alter weniger als 30 Rentenentgeltpunkte erreicht, dessen Leistung soll auf die lange geforderte Mindestrente aufgewertet werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und schließlich – in der Vergangenheit von dieser Regierung aufs Deutlichste eingefordert und im Berliner Koalitionsvertrag steht es schwarz auf weiß –: Spätestens zum Ende des Solidarpaktes 2030 soll auch die Angleichung der Rentenwerte Ost/West vollendet sein.

(Torsten Renz, CDU:  
So spät, ja? 2030 erst?)

Dieser Angleichungsprozess, der ganz wesentlich von der Lohn- und Gehaltsentwicklung bis zum Juli 2016 abhängig sein wird, hat bereits begonnen.

Last, but not least, sehr geehrte Abgeordnete, möchte ich verweisen – es ist heute schon mal kurz angeklungen – auf den aktuellen Arbeitsmarktbericht. Die Ergebnisse, die wir dort wiederfinden, sind aus meiner Sicht ausgesprochen erfreulich und positiv und sind auch Ausdruck der guten Arbeit der Landesregierung in den letzten Jahren. Die aktuelle Lage ist wie folgt: Wir haben 3.900 Arbeitslose weniger in Mecklenburg-Vorpommern als im Jahresvergleich, die niedrigsten Arbeitslosenzahlen in einem Januar seit der Wende.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, diese Zahlen sprechen für sich. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Danke, Frau Hesse.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert von der Fraktion der CDU.

**Maika Friemann-Jennert**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem Sie von den LINKEN im Frühjahr des letzten Jahres den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung als Aufhänger genutzt haben, ist es heute der Bericht zur regionalen Armutsentwicklung 2013 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, um, ich denke, politische Stimmung zu erzeugen. Insofern danke ich für die Erläuterungen von Frau Hesse. Die Beispiele werde ich dann jetzt in meiner Rede auch weglassen.

Was ich an dem Bericht nicht ganz verstehe, ist der Titelzusatz „Deutschland vor der Zerreißprobe“.

(Zuruf aus dem Plenum: Dann haben Sie es nicht verstanden.)

Er suggeriert meines Erachtens, dass Deutschland förmlich in Armut versinkt. Dabei zeigt die Armutsgefährdungsquote erst einmal nur die Einkommensspreizung in der Gesellschaft an. 869 Euro Einkommen für Singlehaushalte, 1.826 Euro für Familien – zwei Erwachsene, zwei Kinder – gelten, so steht es da drin, als quasi amtliche Armutsgefährdungsschwelle. Ich wiederhole mich auf diesem Wege gern, wenn es der Versachlichung der Diskussion dient, die Ihrerseits immer auf schwierige Art und Weise emotionalisiert wird: Wir reden von Armut in einer Wohlstandsgesellschaft.

In einer Onlineveröffentlichung von Statista finden sich Antworten in Tausenden statistischen Auswertungen. Auf die Frage „Auf welche der folgenden Bereiche sollte sich die nationale Regierung Ihrer Ansicht nach zuerst konzentrieren, um Menschen aus der Armut zu verhelfen?“ antworteten 58 Prozent der Befragten durch die „Schaffung von Jobchancen“ sowie 48 Prozent durch die „Schaffung von Aus- und Fortbildungsangeboten“.

Erzähle mir bitte keiner, in Mecklenburg-Vorpommern gäbe es keine Jobchancen! Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Wenn ich mir den Mittelstandsbericht Mecklenburg-Vorpommerns von 2013 vornehme, kann ich nur sagen, dass dieser die – es sei mir verziehen – dürftigen Aussagen für unser Land im Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nicht untermauert. Im Mittelstandsbericht ist die Rede von guter wirtschaftlicher Entwicklung und entsprechendem Wachstum in 2011 und 2012. Die Bruttolöhne steigen kontinuierlich. Die Arbeitslosigkeit ist rückläufig. Die Rede ist von der niedrigsten Arbeitslosenzahl seit 1991. Es gab mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und einen Rückgang von geförderten Arbeitsmöglichkeiten.

Arbeit ist und bleibt das beste Mittel gegen Armut. Arbeit verbessert die Teilhabechancen für alle Haushaltsglieder, gerade auch für Kinder. Ob Kinder arm sind, hängt vor allem davon ab, ob ihre Eltern Arbeit haben.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Deshalb profitieren besonders Kinder von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt. Der Armutsbericht spricht nur von Armutszuwachsen, Abwärtsspiralen, von Mecklenburg-Vorpommern als problematischem Land beziehungsweise von der Armutsregion Mecklenburg-Vorpommern –

(allgemeine Unruhe)

sehr einladend für alle, die nach Mecklenburg-Vorpommern kommen wollen, ob Arbeitskräfte oder Investoren. Klar, die brauchen vernünftige Rahmenbedingungen und schade, dass sich BMW nicht hier in Schwerin angesiedelt hat oder der Transrapid jetzt in China fährt.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD:  
Oooh! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber – das ist nicht witzig – wenn so ein Bericht meint, entstehende regionale Armutsspiralen können von den Akteuren vor Ort ohne massive Unterstützung von Bund und Ländern nicht gestoppt oder umgekehrt werden, dann ist das eine starke Aussage. Dem noch bis 2019 geltenden Länderfinanzausgleich wird ein anderes Modell folgen. Die Schuldenbremse hat dabei eine nicht unbedeutende Aufgabe. Und besonders problematische Regionen werden angemessene Unterstützung erfahren. Etwas anderes ist gar nicht vorstellbar. Aber es gibt immer noch etwas, was man schneller und besser machen kann.

Wir sollen entsprechend dem Thema dieser Aussprache umgehend wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in Mecklenburg-Vorpommern initiieren. Damit wird wiederum suggeriert, dass in Mecklenburg-Vorpommern bis dato nichts getan wurde beziehungsweise wird für Menschen, die an der Armutsgefährdungsschwelle stehen. Nicht die Regierung hat versagt, Sie von den LINKEN reden das Land schlecht.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU,  
und Peter Ritter, DIE LINKE – Zurufe  
vonseiten der Fraktion DIE LINKE: Oooh!)

Nach Angaben des Staatssekretärs im Sozialministerium in der SVZ vom 09.01. zu einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in Düsseldorf wird der Mindeststundensatz von 8,50 Euro rund 265.000 Menschen im Land bis zu 2.667 Euro zusätzliches Einkommen im Jahr bringen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Noch haben wir ihn aber nicht, den Mindestlohn. –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kommt aber.)

Das Bildungs- und Teilhabepaket hilft zudem vielen Kindern und Jugendlichen, für die so unter anderem die Mittagsverpflegung gesichert werden könnte.

Oder schauen Sie sich die Arbeit der Enquetekommission an. Sie beschäftigt sich mit der Situation der älteren Menschen und investiert in intensive Ermittlungsarbeiten, um ungewollte Entwicklungen abzumildern oder auch zu verhindern, um gegenzusteuern.

Es gibt Programme: Wir haben die Möglichkeiten für die Betreuung, also für frühkindliche Bildung, ausgebaut, das System der zweiten Chance, das Berufsvorbereitungsjahr, die Einstiegsbegleitungen stehen weiter zur Verfügung. Sagen Sie bitte nicht, es würde nichts getan. Es stimmt einfach nicht. Wie im Kleinen, ist es auch im Großen. Es geht leider nicht alles auf einmal.

Und ich sage es gern noch mal: In Deutschland ist es seit nunmehr über 60 Jahren gelungen, wirtschaftliche Dynamik mit wirksamen Teilhabechancen für die große Mehrheit der Bevölkerung zu verbinden. Der soziale Friede, der gesellschaftliche Zusammenhalt und eine

lebendige Demokratie sind dadurch aufgebaut und gesichert worden. Grundlage hierfür war und ist das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft. Und es wird sich hier ja wohl niemand trauen, das infrage zu stellen.

(Gelächter von Michael Andrejewski, NPD:  
Traut sich keiner, vielen Dank.)

Armut wird beschrieben, indem unter den Gesichtspunkten relativer Einkommensarmut und kritischer familiärer Lebensereignisse das Leben in sozialen Brennpunkten, in Großstädten, Obdachlosigkeit oder Überschuldung betrachtet wird. Ein Mensch gilt dann als von Armut bedroht, wenn er mit weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltsnettoeinkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss.

Wir stehen im internationalen Vergleich, auch wenn Sie das nicht gerne hören wollen, gut da. Wir gehören nämlich zu den Staaten, die am stärksten die Ungleichheit der Einkommen durch Steuern und Sozialtransferleistungen ausgleichen. Es bleiben aber Aspekte, die ein Bild von Armut ergeben, und damit müssen wir umgehen.

Zweifelsfrei gibt es regionale Aspekte. Wenn ich mir beispielsweise die Sozialraumanalyse unseres Landkreises anschau, sehe ich sehr wohl die Brennpunkte und muss mir überlegen, was können wir im Spannungsfeld von sozialer Verantwortung und dem Finanzrahmen tun. Entschuldung, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, Stärkung des Mittelstandes, Vermeidung der Altersarmut, ökonomische und soziale Teilhabe – alles Themen, an denen das Land und auch der Bund unablässig arbeiten.

Um für die nachfolgenden Generationen zu agieren, setzen wir auf Bildung von Anfang an, für alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen organisiert. Das ist das, was wir brauchen – beginnend im Kindergarten, über die Schule, Ausbildung, Studium und weiterführend in den Betrieben, sogar bis ins Alter hinein, Bildung ein Leben lang. Solche Wege aufzuzeigen und zu ermöglichen, das ist Aufgabe der Politik und der Gesellschaft, denn dadurch wird soziale Mobilität ermöglicht und einer Verfestigung des Risikos von Armut entgegengewirkt.

Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben genau deshalb ein gut und, ich darf sagen, überdurchschnittlich gut ausgebautes Netz zur Betreuung von Kindern. Dieses Betreuungsnetz ist an einen Qualitätsstandard gekoppelt. Wir bilden individuell und von Anfang an aus, um eine Chancengleichheit so weit wie möglich unabhängig vom Einkommen der Familie zu erarbeiten.

Ich erlaube mir aber auch, Ihre Tendenz, immer nur den Staat in die Verantwortung nehmen zu wollen, nicht mitzutragen. Die Möglichkeit der Teilhabe setzt voraus, dass diese Chance auch von jedem, der sie braucht, wahrgenommen wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Danke.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Stramm von der Fraktion DIE LINKE.

**Karen Stramm, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Armut im Alter wächst schneller als Armut bei allen anderen sozialen Gruppen.

Selbst wer ein Leben lang gearbeitet hat, ist vor Armut im Alter nicht sicher. Das ist das übereinstimmende Ergebnis von Wissenschaftlern.

Ein Beispiel ist Frau Krüger aus meinem Wahlkreis. Von der Verwaltungsangestellten hat sie sich erfolgreich zur Buchhalterin qualifiziert. Sie hat 32 Beitragsjahre auf ihrem Rentenkonto. Für ihre 3 Kinder erhält sie nach dem Koalitionsvertrag 6 Rentenpunkte. Sie erhält 6 und nicht 9 Rentenpunkte, da sie ihre Kinder vor 1992 geboren hat. Wenn ihr Arbeitgeber sie weiterhin beschäftigt, kann sie in 5 Jahren mit einer Altersrente von 840 Euro rechnen.

(Torsten Renz, CDU:  
Wie alt ist sie dann? 65?)

Abzüglich der Sozialversicherungsbeiträge verbleiben ihr 750 Euro zum Leben. Das übersteigt den Regelsatz der Grundsicherung. Berücksichtigt Frau Krüger Miete und Heizkosten, hat sie Anspruch auf Grundsicherung im Alter, unabhängig davon, ob sie diesen Anspruch geltend machen wird. Anhand von Frau Krüger wird deutlich, dass Armut im Alter längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

(Torsten Renz, CDU:  
Hat sie noch einen Ehepartner?)

Wer nach der aktuellen Rentenstatistik in Mecklenburg-Vorpommern erstmals nach 45 Versicherungsjahren Rente bezieht, erhält im Durchschnitt als Mann 894 Euro und als Frau 754 Euro.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp  
übernimmt den Vorsitz.)

Diese Bruttorenten schrumpfen nach dem Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen auf 798 beziehungsweise 673 Euro.

Der Fall von Frau Krüger ist demnach charakteristisch für die neuen Altersrentner. Nicht von ungefähr können wir schon wieder überall lesen, dass Rentner dringend Arbeit suchen. Die wachsende Altersarmut lässt sich nicht länger leugnen. Wir von der Linkspartei warnen seit Jahren davor. Mit den Maßnahmen des Koalitionsvertrages wird sie jedoch nicht einzudämmen sein, denn eine Rente muss auch zum Leben reichen. Wir fordern deshalb neben der schnellen Angleichung der Rentenberechnung Ost an West, wovon im Koalitionsvertrag für die nächsten vier Jahre trotz der vollmundigen Ankündigungen unseres Ministerpräsidenten und der ehemaligen Sozialministerin nichts mehr zu finden ist, auch die Rückkehr zur lebensstandardsichernden Rente.

(Torsten Renz, CDU: Daran hat  
die CDU diesmal aber keine Schuld.)

Viele Renten liegen heute bereits unter der Armutsgrenze von derzeit 848 Euro. Die Ursachen liegen in der Arbeitswelt und in der verfehlten Sozialpolitik.

(Torsten Renz, CDU: Kennen Sie noch  
das Rentenniveau aus DDR-Zeiten?)

Ich nenne hier nur die Umstellung der Rentenberechnung vom Brutto- auf den Nettolohnbezug, die Einführung der verschiedenen Minderungsfaktoren, den Wegfall der Ausbildungsanrechnung und die Erhöhung des Renten-

eintrittsalters – alles Eingriffe, die bei den neuen Rentnern die Zahlbeträge verringern. Diese Tendenz wird sich fortsetzen.

Nach einem jetzt bekannt gewordenen Bericht aus dem Bundesarbeitsministerium werden die Zahlbeträge sogar noch schneller sinken als bisher angenommen. Dass Altersarmut zum Massenphänomen wird, ist auch den Eingriffen der Politik in die Beitragszahlungen geschuldet.

(Torsten Renz, CDU: Definieren Sie mal bitte den Begriff „Massenphänomen“!)

So wurden die Zahlungen aus dem Bereich der Arbeitslosen- an die Rentenversicherung drastisch gekürzt. Für Langzeitarbeitslose wurden sie ab dem Jahr 2011 ersatzlos gestrichen. Wer im Hartz-IV-Bezug ist, erhält für diese Zeit keinen Cent Rente. Er oder sie muss nach dem 63. Geburtstag aber damit rechnen, vom Jobcenter in die Altersrente gedrängt zu werden. Das ist nach Einführung des Paragraphen 12a in das SGB II gängige Praxis. Es entlastet die Sozialhilfe, ist aber volkswirtschaftlich ein Nullsummenspiel. Die Betroffenen zwingt es in eine Rente mit dauerhaft hohen Abschlägen und vermehrt so die Zahl der Armen im Alter.

Das Ausmaß der Altersarmut kann für Mecklenburg-Vorpommern nur geschätzt werden. Nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit steigt die Zahl der Arbeitslosen ab 55 Jahren und es wächst die Zahl der Empfänger von Grundsicherung im Alter. Um die Armut in unserem Land wirksam zu bekämpfen, brauchen wir detaillierte Zahlen, verlässliche Angaben über die Situation der Menschen, die in den nächsten Jahren Altersrentner werden. Wir brauchen den von meiner Fraktion schon mehrfach geforderten Armuts- und Reichtumsbericht für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir brauchen eine kreative und initiativreiche Politik, die auch auf Bundesebene Rückgrat beweist. Die Landesregierung muss hier endlich tätig werden – für Frau Krüger und die vielen anderen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und damit sich Armut im Alter nicht verfestigt. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will zunächst aufgreifen, was hier von Herrn Koplín vorgetragen worden ist, nämlich, dass sich unser Ministerpräsident Erwin Sellering dem Thema Armutsbekämpfung nicht stellt. Dem muss ganz entschieden entgegengetreten werden. Ich will das an zwei Punkten festmachen.

Unser Ministerpräsident hat in einer seiner ersten Regierungserklärungen zwei Dinge gesagt: Wir müssen die Leute fit machen für den ersten Arbeitsmarkt, wir brauchen die Leute auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das ist Ziel und muss Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik sein. Das war die erste Aussage.

Die zweite Aussage, die ich noch im Kopf habe, ist, dass unser Ministerpräsident gesagt hat, wir müssen die An-

zahl der Schulabbrecher deutlich minimieren. Wir müssen den Kindern in unserem Lande bessere Bildungsmöglichkeiten eröffnen und wir müssen gewährleisten, dass das auch funktioniert, dass wir hier deutlich besser werden, weil wir auf jeden hier im Land angewiesen sind bei der Situation, die wir am Arbeitsmarkt künftig vorfinden werden. Das ist aktive Armutsbekämpfung und das sind Aussagen zur aktiven Armutsbekämpfung.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Deklaration!)

Ich finde, wenn man hier in die Debatte einsteigt, Herr Koplín, ist es doch zunächst erst mal vonnöten zu klären: Was versteht man unter Armut? Also Bourdieu differenziert drei Formen von Armut: symbolische Armut, das heißt, der einzelne Mensch erfährt nicht genug Anerkennung, das Thema kulturelle Armut, zu der auch Bildungsarmut gehört, und das Thema Einkommensarmut.

(Zuruf von Silke Gajek,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Stramm, dann bewegen Sie sich hier ausschließlich bei dem Thema der Einkommensarmut. Sie sagen, den Leuten fehlt es an Geld. Aber auch da unterlassen Sie es, zu klären, was Sie unter Einkommensarmut verstehen. Wer ist denn arm?

Es gibt die eine Gruppe, die sagt, derjenige, der auf Transferleistungen angewiesen ist, ist arm. Es gibt die andere Gruppe, die sagt, derjenige, der weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens, Nettomedianeinkommens, monatlich in der Tasche hat, der ist als armutsgefährdet zu bezeichnen, und derjenige, der weniger als 50 Prozent hat, gilt als arm. An dieser Stelle will ich darauf aufmerksam machen, wenn Sie diese Definition zur Anwendung bringen, dann werden die Leute in Griechenland immer reicher, weil da sackt im Grunde das Einkommen von allen nach unten durch.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Das ist aber ein Vergleich  
zwischen Äpfeln und Birnen.)

Was heißt „zwischen Äpfeln und Birnen“?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Natürlich!)

Das sind die Defizite bei dieser Form von Einkommensdefinition,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

weil das gilt natürlich im anderen Sinne ganz genauso. Das heißt, wenn Sie welche haben, die immer reicher werden, dann sackt natürlich das Niveau einer großen Schicht ab, obwohl man keine Aussagen daraus ablesen kann, wie viel Geld denen tatsächlich zur Verfügung steht. Auf solche Dinge müssen Sie eingehen.

Ich finde es schwierig, sich nur auf das Thema der Einkommensarmut zu beschränken, und dann vermissem ich heute in Ihrer Debatte überhaupt den finanziellen Kontext. Wenn man das Thema Armutsbekämpfung angehen will, dann muss man doch die Frage beantworten, wie viel Geld haben wir denn zur Verfügung für Armutsbekämpfung. Und wenn ich das weiß, dann kann ich mir die Frage stellen, was will ich denn eigentlich inhalt-

lich. Ist es mein sozialpolitischer Ansatz, mich auf Geldleistungen zu reduzieren, oder verfolge ich andere Ziele?

Die SPD-Fraktion und die SPD-geführte Regierung hier in Mecklenburg-Vorpommern haben sich einen anderen Schwerpunkt gesetzt. Sie haben gesagt, sie wollen sozialpolitisch die Partizipationsmöglichkeiten von Menschen verbessern, und ich beschränke mich hier auf Dinge in unserem Land und will Ihnen dazu ein paar wirklich herausragende Beispiele bringen.

Wenn Sie sich das Thema Kindertagesförderungsgesetz bei uns im Lande ansehen: Wir stellen jedem Kind eine wöchentliche Stundenbetreuung von 30 Stunden zur Verfügung, völlig unabhängig davon, ob die Eltern arbeiten oder nicht.

(Zuruf von Silke Gajek,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie mal in andere Bundesländer! Wir haben bei uns im KiföG eine Regelung getroffen, in der wir sagen, für sozialräumliche Brennpunkte stellen wir zusätzliches Geld zur Verfügung. Das heißt, da, wo wir davon ausgehen, dass sich die Zahl der armen Kinder konzentriert, machen wir deutlich mehr. Ich bin hier aus Schwerin, mein Wahlkreis ist der Große Dreesch. Da haben wir solche Einrichtungen, die deutlich mehr Geld als andere kriegen, um den Kindern, die mit dem Klotz am Bein ins Leben starten, eine bessere Förderung zuteil werden zu lassen. Das ist eine Form von aktiver Armutsbekämpfung.

Jetzt will ich auf ein anderes Thema eingehen, das eigentlich nicht zu meinen Schwerpunkten gehört. Das ist das Thema der Schule. Wenn Sie sich beispielsweise den letzten IQB-Ländervergleich ansehen, der sich mit den Themen Naturwissenschaften und Mathematik beschäftigt hat, da hat Mecklenburg-Vorpommern im Bildungsranking deutlich zugelegt. Wenn ich das richtig weiß, liegen wir da auf Platz fünf. Im Rahmen dieser Untersuchung ist auch die Frage aufgeworfen worden: Wie groß ist denn die Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft auf der einen Seite und Bildung auf der anderen Seite?

Das Ergebnis ist klar: Mecklenburg-Vorpommern liegt gemeinsam mit einem Bundesland auf Platz zwei. Wir haben da nicht diese Spreizung. Und trotzdem werden wir in dem Bereich in erheblichem Umfang aktiv und konzentrieren uns auch auf Schulen, die in besonderem Umfang mit Kindern umzugehen haben, die es schwerer haben als andere.

Beispielsweise werden im Schuljahr 2014/2015 bis zu 60 Erzieher/-innen zusätzlich eingesetzt in Grund- und Regionalschulen, um hier zu einer Verbesserung zu kommen. Ab dem Schuljahr 2015/2016 werden wir 16 Millionen Euro für etwa 10 Prozent der lernschwächsten Schüler in Grund-, Regional- und Gesamtschulen zur Verfügung stellen und ab dem Schuljahr 2014/2015 wird es 20 zusätzliche Stellen für die Förderschulen im Land geben, um Schülern das Erlangen der Berufsreife zu ermöglichen.

Das ist, meine Damen und Herren, für mich ganz klar aktive Armutsbekämpfung. Denn man muss sich natürlich darüber im Klaren werden: Reicht es aus, die Politik zu betreiben, die die LINKEN hier uns immer vorschla-

gen, das heißt, gebt den Leuten mehr Geld und alles wird gut?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Das ist so ein Quatsch!)

Oder ist die richtige Politik der Armutsbekämpfung die, dass man sagt, wir befähigen Menschen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, sich selbst zu positionieren, Arbeit zu finden, sich in der Gesellschaft zu etablieren, sich wohl und zufrieden zu fühlen und letztendlich auf diese Art und Weise ein ordentliches Leben zu führen? Wenn man sich die Arbeitslosenstatistiken bei uns ansieht, dann muss man sagen, das ist eine klare Sache.

Noch mal: Sie reduzieren sich mit Ihrem politischen Ansatz darauf, zu sagen, gebt Geld aus, dann wird alles gut. Wir als SPD haben einen sehr differenzierten Ansatz an der Stelle. Wir sagen, wir müssen ganz früh anfangen, um die Partizipationsmöglichkeiten von Menschen zu verbessern, aber – und das ist hier auch vorgetragen worden – wir müssen gucken, dass das Thema Einkommensarmut natürlich nicht unberücksichtigt bleibt. Hier sind doch die Dinge genannt worden: 8,50 Euro Mindestlohn.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:  
Das sind doch Ausnahmen.  
Sie machen doch jetzt schon  
wieder Zugeständnisse.)

Wir schaffen jetzt einen Einstieg in einen bundesweiten, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, das ist doch ein großer Fortschritt. Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, der wird perspektivisch nicht bei 8,50 Euro bleiben, das können Sie uns glauben.

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE,  
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Wir sind auch nicht dort angetreten, um uns das von der CDU auf Bundesebene sturmreif schießen zu lassen, wie Sie uns das hier quasi ankündigen und unterstellen. Das wird kommen.

Und wenn man sich das Thema Rente ansieht, auch da sind wir aktiv. Wir sagen, wir wollen die Solidarrente für die Leute, die ihr Leben lang gearbeitet haben und nicht so viel verdient haben. Wir sagen, die haben es verdient, so viel Geld zu kriegen, sodass sie nicht in die Grundsicherung absinken.

Das werden wir tun und ich erinnere in diesem Kontext daran, dass wir auch bei dem Thema Erwerbsminderungsrente am Ball sind. Auch da wird es dazu kommen, dass hier weitere Zurechnungszeiten berücksichtigt und diese Leute perspektivisch bessergestellt sein werden.

Wie das mit der Armutsbekämpfung funktioniert, Herr Koplin, das brauchen wir uns von Ihnen wahrlich nicht erzählen zu lassen.

(Zuruf von Silke Gajek,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, es kommt noch eine Rednerin der LINKEN nach mir. Ich würde gerne mal hören, wie Ihre Strategie an der Stelle ist und wie Sie sich vor allen Dingen vorstellen, mit begrenzten Mitteln zielgenau die Dinge letztend-



lich umzusetzen, die wirken und die im Ergebnis den Menschen zugute kommen und bei ihnen ankommen. Das kann unseres Erachtens nicht darin bestehen, dass man sagt, gebt den Leuten Geld, gebt denen noch mehr Geld, und noch mehr Geld und alles ist gut.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Das hat keiner gesagt.)

Erstens ist es nicht gut, denn einer, der arbeitslos ist, der wird nicht zufriedener, wenn er ein paar Euro mehr in der Tasche hat, sondern der ist arbeitslos und leidet darunter. Der zweite Punkt ist, die finanziellen Möglichkeiten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die wir haben, sind beschränkt und deswegen müssen wir Prioritäten setzen. Unsere Prioritäten, die habe ich Ihnen geschildert. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

**Michael Andrejewski, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hier wurde sehr viel auf abstrakter Ebene über Armut philosophiert. Das erinnert so ein bisschen an die hauptberuflichen Armutsforscher, die irgendwo in arme Gegenden einfliegen, sich unter der großen Lupe die Leute ansehen, dann schlaue Dinge schreiben und wieder verschwinden.

Aber es ist vielleicht hilfreich, einmal zu betrachten, wie sich Armut im konkreten Fall auswirken kann. Ein aktueller konkreter Fall aus dem Raum Ostvorpommern: Eine Bezieherin von Arbeitslosengeld II entdeckt Schimmel in ihrer Wohnung, und zwar Schwarzsimmel, ziemlich gefährlich. Sie wendet sich an ihre Vermieterin und bittet darum, diesen Schimmel zu beseitigen. Die Vermieterin sagt: Ich bin auch arm, ich kann mir das nicht leisten, kann es aber auch nicht länger verantworten, solche Wohnung zu vermieten, deren Reinigung von Schimmel ich mir nicht leisten kann, ich stelle das Vermieten ein und kündige Ihnen. Vermieter können auch arm sein. Das muss nicht heißen, dass jemand, der ein Haus hat, automatisch reich ist.

Und dann kündigt sie der Frau jetzt zum Ende Januar und die Bezieherin von Arbeitslosengeld II sucht sich eine andere Wohnung und findet auch eine. Die Miete ist teurer als die von der alten Wohnung, allerdings noch im Rahmen dessen, was die Richtlinie der Kosten der Unterkunft des zuständigen Jobcenters hergibt. Sie beantragt dann beim Jobcenter Vorpommern-Greifswald Nord die Zusicherung der Übernahme der Kosten der Unterkunft und erst mal passiert gar nichts. Das Jobcenter mauert wochenlang. Dann kommt die Antwort: Nein, der Umzug ist nicht erforderlich, denn Sie können ja die Miete mindern. Punkt eins.

Super für das Jobcenter, denn wenn die Frau die Miete mindert, muss das Jobcenter weniger Kosten der Unterkunft bezahlen. Zweitens haben sie gesagt: Sie können sich ja gegen die Kündigung wehren, Sie können der Kündigung widersprechen, dann können Sie sich gegen die Räumungsklage wehren und für diese Zeit brauchen sie keinen Umzug. Der Umzug ist nicht erforderlich. Der

Schwarzsimmel in der Wohnung wurde nicht mit einem Wort erwähnt in dem Bescheid, das war egal.

Ich muss zugeben, ich habe auch nur abstrakte Kenntnisse davon gehabt, dass Schwarzsimmel gesundheitsgefährdend ist.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Ich habe es mir aber genauer angesehen. Dadurch können Sie schwere Lungenkrankheiten kriegen, Sie können Neurodermitis kriegen, alles Mögliche. Das ist wirklich extrem gefährlich. Das war dem Jobcenter völlig egal. Nun könnte man das als menschenverachtend bezeichnen, aber das kann ja nicht sein, da das Jobcenter gegen rechts ist, für Toleranz ist und niemals menschenverachtend, aber ich meine, doch. Dann stand die Frau vor der Wahl, was soll sie tun.

Natürlich war der Bescheid in dem üblichen Verwaltungsjuristenchinesisch gehalten, was kein Mensch versteht, wo man hilflos ist, wenn man keine entsprechenden Kenntnisse hat. Das einzige Beratungsangebot, das sie kannte, war das der NPD in Anklam. Und dann steht sie vor der Wahl, entweder wie eine aufrechte Antifaschistin den Schwarzsimmel einzuatmen und krank zu werden

(allgemeine Unruhe)

oder – da muss ich Ihnen leider sagen, was sie gewählt hat: Sie ist zur NPD gegangen. Dann haben wir uns an das Sozialgericht gewandt und das Sozialgericht hat die in der Tat zusammengefaltet und hat sie in einer Stellungnahme, in einem Schreiben aufgefordert, diesen begehrten Bescheid zu erlassen, und ihnen zu verstehen gegeben, ob sie noch ganz dicht sind – nicht wörtlich, aber doch so zwischen den Zeilen. Denn natürlich ist dieser Umzug erforderlich, es besteht akute Gesundheitsgefährdung. Aber da muss erst das Sozialgericht kommen, um ein Jobcenter dazu zu zwingen, einer Frau einen Umzug zu ermöglichen aus einer mit Schimmel verseuchten Wohnung.

Das kann Ihnen heute konkret passieren, wenn Sie arm sind – wirklich, in der Realität. Da hilft es Ihnen nicht, wenn es heißt, der Aufschwung ist da. Ein paar Euro mehr helfen nicht. Man will Arbeit haben. Sie hat konkret keine Arbeit, sie ist konkret in dieser Wohnung und sie ist konkret der Willkür des Jobcenters ausgeliefert.

Hartz IV ist schon übel genug. Wenn es das schon gibt, dann könnte man doch wenigstens Folgendes machen: Man könnte den Leuten den Zugang zur Rechtsberatung erleichtern. Man könnte in den Jobcentern eine Stelle mit Rechtsberatern einrichten, die unabhängig sind von der Leitung des Jobcenters, wo man gleich hingehen, wo man sich Bescheide erklären lassen, wo man sich Widersprüche schreiben lassen, Klagen schreiben lassen und den Kontakt mit dem Sozialgericht herstellen lassen kann.

Das wird aber alles nicht gemacht, weil man die Leute hilflos und wehrlos bleiben lassen will, und so können sie in Situationen geraten, in denen es nicht nur eine abstrakte Frage ist, dass Armut die Gesundheit gefährdet, sondern es kann ganz konkret eine erhebliche Gesundheitsgefährdung bestehen, wenn sie in so einer mit Schwarzsimmel verseuchten Wohnung bleiben müssen.

Solange das geschehen kann und solange die Verhältnisse hier so gestaltet sind, dass solche Fälle eintreten können, solange rede ich weiter von einem miesen sozialen Staat, auch wenn ich es damit in den Verbotsantrag geschafft habe – ist mir egal, ich bleibe dabei. Solange solche Verhältnisse hier möglich sind, ist das hier ein mieser sozialer Staat. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

**Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ja, wenn ich in den Koalitionsvertrag schaue

(Marc Reinhardt, CDU: Dann schau mal!)

und mir die Ziffer 261 durchlese,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

dann würde ich das gern noch mal zitieren: „Die Koalitionspartner werden die Familienpolitik unter Berücksichtigung der Kinder- und Jugend-, Bildungs-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gleichstellungspolitik weiter vernetzen, um Mecklenburg-Vorpommern zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland zu machen. Dafür werden die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien mit dem Ziel einer nachhaltigen Sicherung weiterentwickelt.“ Zitatende.

Ich habe mir das eben noch mal rausgesucht und habe gedacht: Wir sind Kinderland Nummer eins – ich weiß gar nicht, was wir noch alles sind – wir sind Gesundheitsland Nummer eins,

(Torsten Renz, CDU: Machen Sie richtig Werbung für unser Land! Jetzt machen Sie richtig Werbung für unser Land. – Michael Andrejewski, NPD: Wunderland Nummer eins.)

und wenn wir dann die Zahlen sehen und wenn wir uns dann ins Land begeben, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist es so, als wenn wir irgendwie in einer Parallelwelt leben. Aber ich möchte hier auf einige Punkte eingehen

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und mich erst mal auf das berufen, was die Ministerin und auch die Abgeordneten gesagt haben.

Die Frau Ministerin ist vorhin darauf eingegangen, dass ja Mecklenburg-Vorpommern sehr viel tut, nämlich beispielsweise bei den Freibeträgen, die 100 Euro für die U-3-Kinder oder für die Vorschule. Hier hat die Landesregierung leider nicht so gehandelt, dass sie dieses Geld sofort zur Deckelung der Beiträge des Landes genommen hat, sondern um PR wirksam zu sagen, wir sind die Guten, ihr könnt noch mal einen bürokratischen Vorgang zusätzlich machen, wir geben euch das Geld und dann könnt ihr das ja auf kommunaler Ebene verrechnen. Was ist das Ergebnis? Die 100 Euro kommen da gar nicht an, weil nämlich das, was nicht getätigt wurde, ist, dass die

100 Euro mittlerweile vielleicht bei 20 Euro sind. Schwerin hat gerade eine Kita, da gibt es mittlerweile 100 Euro Kostensteigerung.

Ich möchte auf einen Punkt eingehen, das ist mir bisher zu kurz gekommen, nämlich auf die, die genau an der Grenze liegen, die vielleicht 5 Euro zu viel haben. Das bringt ja viele Ungerechtigkeiten und das vermisse ich auch, meine liebe Fraktion DIE LINKE, in Ihrer Argumentation. Natürlich ist das Einkommen wichtig und natürlich ist es wichtig, von der eigenen Arbeit leben zu können.

Und jetzt nehme ich doch mal mein Beispiel. Ich bin aus dem Arbeitsprozess ausgestiegen 1992, war ein Jahr arbeitslos, bin dann zum Studium gegangen. Als ich dann im Jahre 2000 fertig war und zum Arbeitsamt gegangen bin, hatte ich eines nicht bedacht, und da muss man sich immer vorher informieren. Ich war ja sieben Jahre raus und da hat mir der Mitarbeiter des Arbeitsamtes gesagt: Ja, Frau Gajek – ich habe das, glaube ich, schon mal erzählt –, Sie sind jetzt eine studierte Ehefrau. Da habe ich gedacht, ich spinne.

(Udo Pastörs, NPD:  
Das kann aber möglich sein.)

Als ich dann sagte, ich habe doch studiert, ich bin jetzt ausgebildet und möchte hier gerne im Land bleiben – ich wollte nämlich nicht weggehen –, hat doch der Kollege damals zu mir gesagt: Wissen Sie, es gibt einen total tollen neuen Studiengang, Sozialökonomie. Jeder, der sich ein bisschen damit beschäftigt hat, weiß, was ich studiert habe, nämlich Sozialökonomie. Und Sie kennen wahrscheinlich auch mein Temperament, das ging dann nicht so ruhig ab, aber das, was ich dort für mich erkannt habe – eigentlich auch schon vorher –, ist: Wer es wagt, neue Wege zu gehen, hat es umso schwerer, insbesondere, wenn er oder sie verheiratet ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was wollen Sie uns jetzt damit sagen? – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Dazu werde ich jetzt kommen. Ich habe nämlich nichts mehr bekommen, mein lieber Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, was wollen Sie uns jetzt damit sagen?)

Dass Sie nur auf die Bereiche ALG II eingehen

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
ALG II – das ist doch Quatsch.)

und mir sind die Bereiche bislang, ...

Ach so, das meinen Sie.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das ist doch völliger Unsinn. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

... bislang ist mir das zu kurz gekommen. Da sind die Bösen, da sind die Guten.

(Vincent Kokert, CDU: Das hat doch gar nichts mit Ihrer Lebensgeschichte zu tun. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch völliger Unsinn, was Sie da erzählen.)

Gerade in der Gleichstellungspolitik. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich habe, Herr Ritter, von Ihrer Gleichstellungspolitik bislang wenig gehört und auch, wenn es um weibliche Altersarmut geht,

(allgemeine Unruhe)

sind Ihre Debatten mittlerweile immer so: immer mehr Geld hineingeben. Wir Bündnisgrüne haben dort nämlich einen anderen Ansatz.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Welchen denn? Welchen denn? –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich habe das gestern angebracht, nämlich Ehegattensplitting, das Ehegattensplitting abzuschaffen und hier eine neue Steuerpolitik einzubringen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, dann lesen Sie doch in unserem Wahlprogramm noch mal nach! Da steht doch alles drin.)

Mir geht Ihres zu weit. Ihre Debatte ging bisher lediglich immer in den Hartz-IV-Bereich.

(Torsten Renz, CDU: Zu welchem Tagesordnungspunkt sprechen Sie denn jetzt überhaupt?)

Auch hierzu habe ich heute – gut, zum Teil zur Altersarmut und noch mal was zur Mütterrente – bislang nichts gehört. Mir ist das zu kurz. Ich möchte, dass das verzahnt diskutiert wird, und ich denke, wir leben in einer Demokratie, ...

(Vincent Kokert, CDU:  
Verzahnt diskutiert?!)

Genau!

... und da muss es erlaubt sein, andere Meinungen zu haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich, dagegen hab ich doch gar nichts, aber man soll nicht falsch Zeugnis reden.)

denn so, wie wir meinen, ist die Problematik weit vielschichtiger. Erwachsenen- und Kinderarmut sind immer noch das größte Armutsrisiko.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das, was ich mit meiner Geschichte erzählen wollte, ist,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

wenn einer der beiden aus der Familie in die Arbeitslosigkeit geht, dann gibt es hier im Land Probleme. Bin ich vielleicht noch im ALG-II-Bezug, dann bekomme ich das Geld. Menschen wie ich und andere, die eine Ausbildung gemacht haben – es gibt viele Beispiele dafür –, die auch Erzieherinnen werden möchten ...

(Torsten Renz, CDU: Sind wir noch beim Tagesordnungspunkt?)

Das ist der Tagesordnungspunkt!

(Torsten Renz, CDU:  
Ich versteh das alles nicht.)

Ja, dann zuhören!

(Torsten Renz, CDU:  
Ja, das mach ich schon.)

Ich möchte damit sagen, dass die Problematik weit vielschichtiger ist

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und wir nicht die einfachen Lösungen haben.

(Udo Pastörs, NPD: Na, dann machen Sie einen Vorschlag!)

Also wenn ich DIE LINKE höre, auch im Bundestag eben höre, wir geben mehr Geld ins System, wir geben eine Garantierente von 1.050 Euro – geklärt ist für mich nicht, wie das bezahlt wird. Ich möchte sagen, dass gerade die Frauen und Männer, die in den neuen Bundesländern leben – und das sind eben auch die, die neue Wege gehen –, es unheimlich schwer haben und ...

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –  
Torsten Renz, CDU: Wie viel Prozent gibts denn davon?)

Wie bitte?

Ich finde es sehr problematisch, wenn eine Debatte hier geführt wird, die vielleicht andere Sichtweisen hat. Hier ist über Armut diskutiert worden. Ich habe gesagt, dass mir dieses zu kurz ist,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

habe dann gesagt, dass insbesondere Frauen, die in einer Familienabhängigkeit vom Mann leben – auch wenn sie sich gut ausbilden –, keinerlei Möglichkeiten haben. Das ist hier in unserem Bundesland in vielen Bereichen ...

(Andreas Butzki, SPD:  
Aber umgekehrt gilt das auch.)

Ist es auch. Mein Mann lebt zurzeit von mir.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, das muss man dann auch sagen.)

Das heißt nicht, dass ich das gut finde. Aber ich finde, der Blick muss darauf erweitert werden. Und wenn wir hier nur über die finanziellen Aspekte reden, ist dieses zu kurz gegriffen.

Ich möchte noch auf andere Punkte kommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh!)

Frau Hesse hat die Produktionsschulen hier genannt. Die Produktionsschulen, wenn Sie sich daran erinnern, sind nach wie vor im ESF-Finanzierungszusammenhang und werden spätestens 2020 wieder rausfallen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Hier ist die Landesregierung aufgefordert, wenn sie das familien- und kinderfreundlichste Bundesland der Bundesrepublik werden will,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind wir schon.)

Konstellationen herzustellen, dass das möglich ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind wir schon. –  
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Nee, ich habe noch keine rote.

Dann der zweite Punkt von Herrn Heydorn: Herr Heydorn ist noch mal auf das geliebte KiföG zu sprechen gekommen. Frau Bernhardt, denke ich, wird darauf nachher auch noch mal eingehen. Das, was die Landesregierung mit einer Vehemenz macht, ist, dass sie sozial Benachteiligte fördern möchte. Wir Bündnisgrüne setzen uns für Inklusion ein und das heißt, die Stigmatisierung der sozialen Benachteiligung ...

(Vincent Kokert, CDU:  
Alles Allgemeinplätze.)

Nein, sind es nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Doch,  
das sind alles Allgemeinplätze.)

Sind es nicht.

(Vincent Kokert, CDU:  
Nur Allgemeinplätze.)

Wir haben hier diskutiert. Es wurden 50.000 Euro eingesetzt.

(Vincent Kokert, CDU: Ein Sammelsurium  
von Kuriositäten tragen Sie hier vor. –  
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Es wird gesagt, dass sich damit in sozialen Brennpunkten die Betreuung verbessert.

(Vincent Kokert, CDU:  
Mann, Mann, Mann!)

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben hier einen konkreten Antrag gestellt, den Schlüssel bei den unter Dreijährigen zu reduzieren, nämlich von 1 : 6 auf 1 : 4 und Familienzentren an jeder Kita zu implementieren,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sodass dort eben nicht nur Erzieher/-innen, sondern Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen arbeiten. Hierauf haben wir bislang keine Antwort gefunden. Aber immer mehr Geld in Programme zu stecken, die ja nett gemeint sind,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

und wenn ich dann höre, bei AQuA sind 315 arbeitslose Frauen zum Teil in Arbeit gekommen, in geringfügige Beschäftigung, darüber wird allen Ernstes geredet, frage ich mich wirklich: Welches Menschenbild haben Sie, wenn

die Frau oder der Mann dann verheiratet sind? Sie sind in der Armutsfalle. Wenn wir das weiterspinnen, ist weibliche Altersarmut nicht nur vorprogrammiert, sondern sie ist gang und gäbe. Das, was wir hier kennen von der Landesregierung, ist ja das, was wahrscheinlich Herr Seling auch sagt: Wir machen das alles, wir haben das alles.

Ich kann nur sagen, nein, und ich hoffe, dass wir weiter an diesem Thema arbeiten werden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

**Peter Ritter,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss zugeben, von der Rede von Frau Gajek bin ich etwas verwirrt, deswegen möchte ich darauf jetzt nicht eingehen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion  
der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Wir alle. Wir sind alle verwirrt.)

Das muss ich alles noch mal hinterfragen.

Zu Herrn Heydorn: Lieber Kollege Heydorn, alles das, was Sie hier vorgestellt haben an Programmen und Überlegungen, ist aus dem ESF finanziert. Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch überhaupt noch nicht ausfinanziert. Das sind alles ungedeckte Schecks, aber damit kann man natürlich auch hier agieren, bloß man muss es noch mal sagen.

Liebe Frau Sozialministerin, ich glaube, mein Zwischenruf gestern, dass heute die Schonzeit vorbei ist, ist dann doch nicht ganz so falsch gewesen. Sie haben hier die Rentenpolitik der neuen Bundesregierung gelobt. Ich will noch mal darauf verweisen, was heute in der „Ostsee-Zeitung“ unter der Überschrift „Kritik von der Küste an der Rente mit 63“ zu lesen ist: Die Reform tut nach Ansicht von Wirtschaft und sozialen Verbänden nichts gegen Altersarmut und fördert nur den Fachkräftemangel. Die geplante Reform geht an den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern vorbei, so die Widerspiegelung von Wirtschaftsverbänden und Sozialverbänden an den neuen Rentenplänen der Bundesregierung, die Sie hier so tapfer verteidigt haben.

Zweitens habe ich festgestellt, dass Sie offensichtlich den gleichen Redenschreiber haben. Also alles das, was Sie zum KiföG hier erzählt haben, kam mir sehr bekannt vor. Das habe ich schon die ganze Zeit gehört von Ihrer Vorgängerin. Und da muss ich Ihnen dann leider sagen, dass die Situation vor Ort eine andere ist.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir haben in unserem Jugendhilfeausschuss nach langen Kämpfen den Betreuungsschlüssel geändert für die Kinder U3.

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,  
und Torsten Renz, CDU)

Wir haben den Betreuungsschlüssel geändert für die Kinder U3, mit dem Ergebnis, dass die Elternbeiträge

steigen und dass die Ausgaben für die Kommunen steigen. Von den Geldern, die Sie hier immer ins Spiel bringen, kommt bei den Eltern und bei den Kommunen nichts an. Das ist die Realität.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb, liebe Frau Ministerin, hören Sie auf, die Situation schönzureden, oder am besten, fangen Sie gar nicht erst damit an. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt kommt Ministerschutzprogramm.)

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Ritter, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar für Ihre Ausführungen. Sie machen noch mal Folgendes deutlich: Ihre Vorredner, also aus Ihrer Fraktion, fordern uns auf, Geld in Größenordnungen auszugeben.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Das heißt also, das Konzept der Armutsbekämpfung der LINKEN besteht darin, gebt den Leuten mehr Geld.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Sie gehen nach vorne und sagen, na ja, also Leute,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

was ihr da vorhabt, das ist ja zum großen Teil alles über Strukturfonds finanziert. Das stimmt, Herr Ritter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Wir finanzieren solche Maßnahmen da, wo wir können, über Strukturfonds. Das finden wir klug.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Und die Frage ist, wie gehts weiter.)

Wir finden es klug, dass europäische Mittel eingesetzt werden, damit wir hier konzeptionelle Dinge machen, die letztendlich im Interesse der Menschen sind.

Sie haben natürlich recht, Herr Ritter, diese Mittel sind endlich. Und irgendwann kommen wir in die Situation und müssen uns klar verständigen, wie geht es an der Stelle weiter. Ich kann Ihnen sagen, wie es weitergeht. Es wird so weitergehen, dass wir die Dinge aufrechterhalten, weil wir das für kluge Politik halten.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das bedeutet aber, dass uns insgesamt in diesem Land weniger Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Und das wissen Sie, das haben Sie ja implizit hier gerade dokumentiert. Dann müssen Sie aber auch klarmachen, wie die Vorstellungen, die Sie haben, künftig bezahlt werden sollen. Wir müssen uns doch Folgendes klarmachen: Wir

sind hier nicht bei „Wünsch Dir was“ und wir können die Geldpresse im Keller nicht anschmeißen,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

sondern müssen mit dem klarkommen, was da ist, und das, was wir haben, müssen wir klug einsetzen. Ich kann heute Folgendes konstatieren: Die Einzige, die hier vorne gestanden und gesagt hat, das ist unser sozialpolitischer roter Faden, das sind die Dinge, die wir uns überlegt haben, das ist unser Ansatz, so gehen wir vor in den Kindertagesstätten, so gehen wir vor in den Schulen, das machen wir auf der Bundesebene im Bereich der Älteren, um die letztendlich nicht nach unten durchsinken zu lassen, das ist doch die SPD gewesen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jo!)

Wir haben heute klar hier gesagt, was wir für konzeptionelle Vorstellungen haben zum Thema Armutsbekämpfung unter sinkenden Finanzmitteln. Das ist doch eine ganz klare Geschichte.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und, Herr Ritter, Ihre Ausführungen zum Kindertagesförderungsgesetz stimmen doch auch nicht. Natürlich kommt das Geld bei den Leuten an.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Wo denn? Wo denn, Herr Heydorn?  
Gehen Sie in die Kitas in Ihrem  
Wahlkreis! – Peter Ritter, DIE LINKE:  
Fragen Sie Ihre neue Kollegin  
in der Fraktion!)

Wenn das Geld nicht bei den Leuten ankommen würde, mein lieber Herr Ritter, dann wären die Kostensteigerungen noch größer.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ach, guck an!)

Sie wissen doch, wie das System funktioniert. Im Rahmen des Systems hat der Träger letztendlich darzulegen, was er für Kosten hat. Und wenn die Kosten steigen, dann müssen die ausfinanziert werden.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ein Träger baut eine neue Kita oder er saniert das Gebäude, das muss refinanziert werden.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das machen wir als Land und dann sind die Kommunen mit im Boot, die Kreise und kreisfreien Städte sind mit im Boot und die Eltern sind mit im Boot.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Und Sie sagen, wir geben  
das Geld für die Älteren, und das  
Geld kommt nicht an? – Zuruf von  
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, das Geld, was wir zur Verfügung stellen, mein lieber Herr Ritter, wird an dieser Stelle in erheblichem Umfang Kosten dämpfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch,  
das Geld kommt an. Richtig.)

Wenn wir es nicht zur Verfügung stellen würden, dann würden sich die Kosten in ganz andere Richtungen bewegen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Und dann, Herr Ritter, vergessen Sie dabei ja auch völlig, dass Menschen, die ein bestimmtes Einkommen unterschreiten, einen Anspruch darauf haben, dass diese Kosten vom Jugendhilfeträger übernommen werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das brauchen Sie mir nicht zu erzählen.)

Das gehört doch zur guten Ordnung dazu. Wenn ich Ihnen das nicht erzählen muss, dann hätten Sie das hier auch sagen sollen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Dann muss er nicht so was sagen.)

Also das ist doch eine Form von Bauernfängerei, uns zu unterstellen, wir machen letztendlich eine Politik, die nicht den Leuten zugute kommt. Das ist definitiv nicht so. Wenn die Kosten steigen, dann liegt es nicht daran, dass wir nicht genug Geld zur Verfügung stellen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ach, woran denn dann?)

sondern es liegt daran, dass andere Preise verhandelt werden an der Stelle, Herr Ritter. Das will ich Ihnen noch mal deutlich sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil Sie den Betreuungsschlüssel geändert haben und das nicht ausfinanziert ist im KiföG.)

Das ist richtig ausfinanziert.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Eben nicht! Eben nicht!)

Der Betreuungsschlüssel ist richtig ausfinanziert, eine ganz klare Sache.

(Beifall Dr. Norbert Nieszery, SPD –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Warum steigen denn dann die Nettobeiträge?)

Wir geben zig Millionen beim Thema KiföG als Land obendrauf.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Suchen Sie sich ein anderes Bundesland, Herr Ritter, das vergleichbare Leistungen erbringt! Das werden Sie nicht finden.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das ist die Realität an der Stelle. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion DIE LINKE liegt Ihnen auf Drucksache 6/2663 ein Antrag zum Thema „Regierungserklärung zur Zukunft des maritimen Industriestandortes Stralsund“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Ich sehe, das Wort zur Dringlichkeit wird gewünscht. – Herr Holter.

**Helmut Holter,** DIE LINKE (zur Geschäftsordnung):  
Danke, Frau Präsidentin!

Nach der vorliegenden Anmeldung aus der Landesregierung beabsichtigt der Wirtschaftsminister, im nächsten Tagesordnungspunkt zur Situation der Volkswerft in Stralsund zu sprechen. Wir erwarten, dass der Ministerpräsident, der die Werften ja zur Chefsache erklärt hat, hier Stellung dazu nimmt und erläutert, wie die gewonnene Zeit durch das Nichthandeln der Regierung bis Mai genutzt wird, um ein nachhaltiges und tragfähiges Konzept für die Volkswerft Stralsund zu schnüren. Deswegen beantragen wir die Aufsetzung auf die Tagesordnung.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort zur Gegenrede wird offensichtlich auch gewünscht. – Bitte, Herr Waldmüller.

**Wolfgang Waldmüller,** CDU (zur Geschäftsordnung):  
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dem Dringlichkeitsantrag werden wir nicht zustimmen. Zum einen ist über den aktuellen Stand in der Presse ausführlichst informiert worden. Das wissen Sie.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion  
DIE LINKE und Udo Pastörs, NPD)

Sie wissen, dass für das Land der Schiffbau immer Priorität hat und an erster Stelle steht, vor allem der Industriestandort in Stralsund und die Beschäftigung der Mitarbeiter dort. Es ist umfangreich informiert worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben Sie bestimmt gestern Abend gehört bei Ihrer wichtigen Beratung in Berlin.)

Noch dazu haben wir jetzt im nächsten Tagesordnungspunkt eine Aussprache dazu, wo Sie bestens informiert werden.

Weiter wissen Sie, dass im Koalitionsausschuss beschlossen wurde, dass die Verlängerung des Werftenverkaufs gemacht wird, gerade weil eben bislang keine attraktiven Angebote kamen. Und zweitens wissen Sie auch – und darüber ist im Finanzausschuss informiert worden –, dass die Frist für die Abgabe der Angebote für die Fähren,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sofern ein Finanzierungsnachweis vorliegt, am 31.01. ist und dann eine Entscheidung fällt. Es gibt keine neuen

Erkenntnisse, die Ihnen vorenthalten werden und dergleichen. Sie sind immer aktuell informiert. Deswegen lehnen wir die Dringlichkeit ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zustimmt, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmhaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD und einer Stimmhaltung aus der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eine Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Perspektive des Werftenstandortes Stralsund nach Insolvenz der Volkswerft“ beantragt.

**Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT  
zum Thema  
Perspektive des Werftenstandortes  
Stralsund nach Insolvenz der Volkswerft**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzende Herr Suhr.

**Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn sich die Stralsunder Bürgerinnen und Bürger an jedem ersten Montag im Monat in der Marienkirche zusammenfinden zum Friedensgebet

(Vincent Kokert, CDU: Na Sie  
waren ja noch nicht so häufig da.)

anlässlich der Volkswerft ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Gut gebrüllt.)

Lieber Vincent Kokert, ich werde hier sicherlich genügend Möglichkeiten geben für Zwischenrufe inhaltlicher Art. Aber vielleicht lassen Sie mir dabei die Gelegenheit, die Situation zu beschreiben, wie sie sich an den Montagen darstellt.

(Vincent Kokert, CDU:  
Ich bin schon so in heller Aufregung  
wegen des Tagesordnungspunktes. –  
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wenn sich diese Menschen jeweils an den ersten Montagen in der Marienkirche zusammenfinden, ist die Kirche immer gut gefüllt, übrigens auch häufig im Beisein des CDU-Abgeordneten Lindner, des SPD-Bundestagsabgeordneten Steffen, ich bin häufig da,

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

durchgängig beispielsweise im letzten halben Jahr jeden Montag, lieber Herr Kokert, aber auch andere.

(Vincent Kokert, CDU:  
Aber gut getarnt, unterm Radar.)

Ich glaube, an der Stelle spielt es gar keine Rolle, welcher politischen Couleur Politikerinnen und Politiker, Landräte, Oberbürgermeister sind, die daran teilnehmen. Da wird in jedem Fall deutlich, welche Bedeutung dieses Thema, also die Perspektive der Werft, für die Menschen vor Ort, in der Region und, so, wie wir es wahrnehmen, für ganz Mecklenburg-Vorpommern hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und  
Sie glauben, wir wissen das nicht?)

Ich empfinde, die Initiatoren haben ein sehr schönes Symbol gefunden, um diesen Prozess, in dem wir uns befinden, zu begleiten und symbolhaft darzustellen. Sie haben nämlich – und das ist ein Ritual im Rahmen dieser Friedensgebete – eine Pinnwand aufgestellt, an der Sorgen, Erwartungen, Forderungen aufgeschrieben werden können. In der Mitte ist ein viereckiges Loch gelassen, hinter dem ein Vorhang ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und zumindest in den letzten 17 Monaten war es immer so, dass die Weiterentwicklung des Prozesses um die Perspektive der Volkswerft versucht worden ist darzustellen, indem man diesen Vorhang aufgezogen hat.

(Vincent Kokert, CDU: Ach so!)

Am Anfang – ich glaube, das kann ich für alle, die da waren, sagen – waren Hoffnung und Erwartung das vorherrschende Gefühl. In der Zwischenzeit, immerhin 17 Monate nach Erklärung der Insolvenz, setzen sich Resignation und Sorge durch.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, richtig.)

Das ist deutlich geworden unter anderem auch daran, dass beim vorletzten Friedensgebet eine Petition an die Landesregierung und an die Bundesregierung gerichtet worden ist. Mit dieser Petition verknüpft sich in immer stärkerem Maße – inzwischen kommt es zu Zwischenrufen, zu eher politisch gestalteten Beiträgen –, damit verknüpft sich in immer stärkerem Maße die Frage: Was hat denn die Landesregierung in den letzten 17 Monaten getan,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist die Frage. –  
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

um etwas dazu beizutragen, dass der Werften- und Industriestandort Stralsund eine Perspektive hat?

Und wenn man sich das anschaut, welches Ergebnis derzeit vorliegt, was von der Landesregierung vorgetragen worden ist, Herr Waldmüller, wenn Sie hier gerade bei der Begründung der Ablehnung des Dringlichkeitsantrages vorgetragen haben, wir haben Ihnen doch alles gesagt, dann war das für meine Begriffe eher ein Offenbarungseid für das Nichtstun der Landesregierung. Wenn Sie nicht mehr zu präsentieren haben als das, was Sie